

# Bundestag direkt

Info-Brief der SPD-Landesgruppe SH  
Ausgabe 3/09 - Dezember 2009



## Jetzt erst recht: Volle Kraft voraus!

In kleinerer Mannschaftsstärke aber umso motivierter sind die sechs schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten in die neue Legislaturperiode gestartet. Ihr Ziel: mit beinhardter Oppositionsarbeit zur Regierung die bessere Alternative aufzeigen und die Interessen des Landes Schleswig-Holstein auf Bundesebene kompromisslos vertreten. Die erste Möglichkeit dazu bot sich Anfang Dezember, als der Deutsche Bundestag über das fragwürdige Wachstumsbeschleunigungsgesetz abstimmte (siehe dazu den Kommentar von **Gabriele Hiller-Ohm** auf Seite 5).

Bevor allerdings so richtig die Sacharbeit in den Arbeitsgruppen und Ausschüssen beginnen konnte, waren zunächst einmal die Personalfragen zu klären. In allen Gremien und Gruppen standen Neuwahlen an.

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein bewies Vertrauen in ihr Führungs-



**Hans-Peter Bartels, Gabriele Hiller-Ohm, Sönke Rix, Franz Thönnies, Ernst Dieter Rossmann und Bettina Hagedorn (v. li.) in der Landesvertretung Schleswig-Holstein**

team und hat alle drei Abgeordnete in ihren Ämtern bestätigt: **Ernst Dieter Rossmann** als Sprecher, **Gabriele Hiller-Ohm** als stellvertretende Sprecherin und **Sönke Rix** als Kassenvorwart.

Ein schöner Erfolg gelang den sechs Nordlichtern bei den Neuwahlen des erweiterten Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion. In dem 25-köpfigen Gremium sind gleich zwei Schleswig-Holsteiner vertreten: **Bettina Hagedorn** wurde erstmals in die Führungsgruppe der Fraktion gewählt, in der jetzt die Frauen in der Überzahl sind (14 Frauen, elf Männer). **Ernst Dieter Rossmann** ist bereits seit dem Jahr 2002 im Fraktionsvorstand.

Auch in den Arbeitsgruppen der Fraktion bringen sich viele Sozialdemokra-

ten aus Schleswig-Holstein als Führungspersonal fachpolitisch ein: Die SPD-Bundestagsfraktion hat **Ernst Dieter Rossmann** wieder zu ihrem bildungs- und forschungspolitischen Sprecher gewählt. Die Arbeitsgruppe hatte den Elmshorner einstimmig für dieses Amt nominiert. Er nimmt damit eine wichtige Funktion in der Bundespolitik wahr, ist der parlamentarische Gegenspieler von Bildungsministerin Annette Schavan.

**Sönke Rix** ist Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Rechts extremismus geworden. Der Eckernförder ist außerdem stellvertretender Sprecher für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

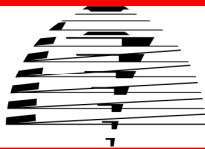
Der Verteidigungsexperte **Hans-Peter Bartels** aus der Landeshauptstadt Kiel ist in seinem Amt als stellvertre-

tender Sprecher für Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestätigt worden. Ebenfalls wiedergewählt wurde **Bettina Hagedorn** aus dem Kreis Ostholstein als stellvertretende Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Kommunalpolitik. Erstmals übernimmt die Kasseedorferin auch das Amt der haushaltspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Sie ist außerdem Fraktionsobfrau für Rechnungsprüfung.

Unter dem Motto „Links und frei“ wirkt die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion. Ihr Sprecher ist wie in der vergangenen Legislaturperiode: **Ernst Dieter Rossmann**. Er vertritt damit die allgemeinen politischen Interessen von gut 65 Abgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion.

### Weitere Themen dieser Ausgabe

- **Stellungnahmen zum Koalitionsvertrag**  
Seiten 2 & 3
- **Info: Welcher MdB ist in welchem Ausschuss?**  
Seite 4
- **Kommentar zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz**  
Seite 5
- **Betreuung der vakanten Wahlkreise**  
Seite 6



## Länger Atomstrom, mehr Geld für Reiche und weniger...

**Am 26.10. unterschrieben die Parteispitzen von CDU, CSU und FDP den Koalitionsvertrag in Berlin. Zwei Tage später vereidigte Lammert die Kanzlerin, am 10. November war dann auch das Kabinett komplett und die neue Bundesregierung legte los. Die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben einen Blick in die Koalitionsvereinbarung geworfen und bringen hier auf den Punkt, was sie von dem Gelesenen am meisten beunruhigt - aus persönlicher, schleswig-holsteinischer und fachpolitischer Sicht.**

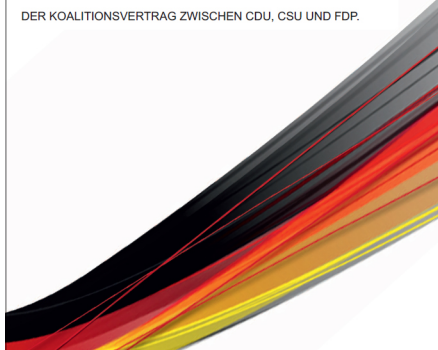
### Gabriele Hiller-Ohm:

► Hätten doch bloß wir die Wahl gewonnen! Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag macht vieles zunichte, was wir an Verbesserungen für die Menschen durchgesetzt haben. Zum Beispiel zementiert er die Ungerechtigkeit bei Löhnen und Gehältern. Sehenden Auges akzeptiert die neue Regierung, dass Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer verdienen. Sittenwidrige Löhne sollen zwar verboten werden - was sie übrigens heute schon sind -, 3,11 Euro Stundenlohn für Friseure in Lübeck sind für die neue Regierung aber in Ordnung.

► Die schwarz-gelbe Steuerpolitik nimmt nicht nur den Kommunen Handlungsoptionen, sondern gefährdet auch bestehende sinnvolle Maßnahmen für mehr Bildung, bessere Betreuung und Integration. Besonders ärmere Familien werden die Leidtragenden auch bei uns in Schleswig-Holstein sein.

**WACHSTUM.  
BILDUNG.  
ZUSAMMENHALT.**

DER KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN CDU, CSU UND FDP.



► Wir haben für langzeiterwerbslose Menschen mit den Jobcentern Hilfe aus einer Hand geschaffen. Die neue Regierung will mit der Trennung der Betreuungsaufgaben bewährte Strukturen der Kommunen zerschlagen. In der Konsequenz werden Doppelstrukturen von Bund und Kommunen aufgebaut werden müssen, die für die Hilfebedürftigen unübersichtlich und für die Kommunen teuer sind. Die regionale Ausrichtung vieler arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen würde zudem aufgegeben und zentralisiert werden, da Bundesagentur und Kommunen eine Zusammenarbeit untersagt wäre. Dem wollten wir in der letzten Wahlperiode mit einer Grundgesetzänderung begegnen. Wir hatten die Zustimmung aller Bundesländer. CDU und CSU haben diese Initiative kurzfristig im Bundestag verhindert. Die Konsequenzen haben jetzt rund sieben Millionen Menschen zu tragen.

### Sönke Rix:

► Von der Kopfpauschale über die Steuersenkungsversprechen für Besserverdienende bis hin zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken: Dieser Koalitionsvertrag ist ein Einstieg in die Spaltung unserer Gesellschaft. Wer die Steuergeschenke und Fehlentscheidungen bezahlen soll, werden wir konkret wohl erst nach den Landtagswahlen in NRW sehen.

► Schwarz-Gelb will mit den Mitteln für den Kampf gegen Rechtsextremismus nun auch die Bereiche Links- und islamistischen Extremismus abdecken, ohne allerdings mehr Geld bereitzustellen. Das würde das Aus für die Fortführung vieler sinnvoller Projekte bedeuten - auch für die drei Projekte in Mölln, Lauenburg und Neustadt/H.

► Das Betreuungsgeld, das Eltern gezahlt werden soll, wenn sie ihre Kinder zu

Hause betreuen, ist mehr als kontraproduktiv: Die Eltern werden vor die Frage gestellt, ob sie ihre Kinder in der Kita betreuen lassen oder 150 Euro beziehen und sie selbst betreuen. Insbesondere Kinder aus benachteiligten Elternhäusern laufen dann Gefahr, nicht die frühe Förderung in der Kita zu erfahren, weil ihre Eltern das Geld gut gebrauchen können.

Wehr- und Zivildienst sollen auf sechs Monate verkürzt werden. Ein fauler Kompromiss. Niemand braucht Wehr- und Zivildienstleistungen, die nach der ohnehin kurzen Ausbildung nur noch drei Monate zur Verfügung stehen. Für eine grundsätzliche Reform fehlen offenbar Ideen, Mut und/oder ein gemeinsames Ziel.

Drei Beispiele, die belegen: eine schlechte Regierung, ein erbärmlicher Koalitionsvertrag!

### Dr. Hans-Peter Bartels:

► Wer gedacht hatte, mit der neuen schwarz-gelben Regierungsmehrheit würden nach der Bundestagswahl die bisherigen politischen Probleme gelöst, wird sich jetzt wundern - die Regierung Merkel/Westerwelle fügt der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise stattdessen noch weitere Probleme hinzu: Einnahmeausfälle durch Steuersubventionen (Hoteliere, Steuerberater, Besserverdiener), Zusatzbelastungen durch neue „Sozialleistungen“, die Deutschland nicht braucht (einkommensunabhängiges Bücherstipendium für 10 Prozent der Studenten, „Betreuungsgeld“ für Kinder zu Hause), Untätigkeit statt aktiver Politik (Opel, Jobcenter-Reform). Und das angesichts einer verfassungsmäßigen Schuldenbremse, die schon 2016 voll wirksam sein soll!

► Für Schleswig-Holstein führt diese unverantwortliche Linie zu massiven zusätzlichen Haushaltslücken. Es wird interessant zu sehen, wie sich die CDU/FDP-Landesregierung dazu im Bundesrat verhält.

► Was mein Ausschussthema, die Bundeswehr, angeht: Das neue Wehrpflicht-Praktikum („W6“) ist unsäglich, genau so solide und seriös wie das ganze schwarz-gelbe Koalitionskonstrukt.



## ...Gerechtigkeit - schwarz-gelbe Pläne auf dem Prüfstand

### Dr. Ernst Dieter Rossmann:

► Unsere Gesellschaft driftet unter dem massiven Druck des globalen Kapitalismus immer weiter auseinander. Die rechtsbürgerliche Koalition setzt dem nichts entgegen. Im Gegenteil - sie verschärft die sozialen Unterschiede und Gegensätze, z.B. in der Gesundheitsversorgung. Mehr Solidarität in der guten Sozialstaatstradition zählt für CDU/CSU/FDP nicht. Da werden wir hart gegenankämpfen müssen.

► Die unsinnigen Steuer-senkungen für die Reichen und die Lobbyisten schaden den Landesfinanzen massiv. Damit werden Kinderbetreuung, Bildung, Hochschulbau, Sicherheit und Infrastruktur in Schleswig-Holstein immer schwerer finanzierbar. Unser Land braucht aber gute öffentliche Leistungen und Institutionen. Nur die Reichen können sich ein armes Land leisten. Die Bundesregierung betreibt ein Verarmungsprogramm für die Länder insgesamt und erst recht für Schleswig-Holstein.

► Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern für gute Bildung müsste massiv ausgebaut werden. Z.B. für gute Ganztagschulen. - Bei CDU/CSU/FDP ist in dieser Hinsicht Fehlanzeige. Z.B. für ein Sonderprogramm für Hochschullehre und ein gutes Studium. - Bei CDU/CSU/FDP ist das noch kein Thema für den Bund. Z.B. für eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen. - Bei CDU/CSU/FDP besteht da kein Interesse. Z.B. für klare Rechtsansprüche in der Weiterbildung. - Bei CDU/CSU/FDP soll es hier bei Unverbindlichkeit zum Wohle der Arbeitgeber bleiben.

### Franz Thönnies:

► In meiner bisherigen Aufgabe als Parl. Staatssekretär habe ich mich für die inklusive Bildung von Kindern mit und ohne Behinderung eingesetzt. Von Anfang an gemeinsam, das ist mein Credo. Nicht zuletzt auch deswegen, weil ich zur Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention für die EU und Deutschland in der UN gesprochen habe. Es gibt leider kein klares Bekenntnis der Koalition zur gemeinsamen Erziehung und Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Dank der bisher SPD-bestimmten Politik in Schleswig-Holstein gehen hier 40 Prozent der behinderten Kinder in eine Regelschule; bundesweit im Durchschnitt nur 16 Prozent.

► Für Schleswig-Holstein ist es nicht hinzunehmen, dass die Steuergeschenke der schwarz-gelben Koalition in Berlin dem Land 70 Mio. Euro und unseren Kommunen nochmals 60 Mio. Euro kosten. Das ist kein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, sondern ein „Schuldenaufbaubeschleunigungs- und Gestaltungsverhinderungsgesetz“ für so wichtige Vorhaben wie Kindergärten, Ganztagsbetreuung und Bildung.



► Mich beunruhigen insbesondere auf EU- Ebene beabsichtigte Regelungen zur Europäischen Aktiengesellschaft, die trotz gegenteiliger Beschwörungen von Schwarz-Gelb unsere bewährte deutsche Mitbestimmung aushöhlen würden. Ebenso müssen wir höllisch aufpassen, dass der Parlamentsvorbehalt des Bundestages beim Auslandseinsatz der Bundeswehr nicht ausgehöhlt wird.

### Bettina Hagedorn:

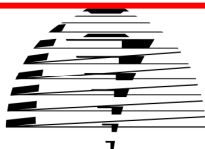
► Meine größte Sorge: die Aufkündigung des Atomkonsenses! Statt angeblicher Preissenkungen zu Gunsten der Verbraucher wird die Verlängerung der AKW-Laufzeiten eine „Lizenz zum Gelddrucken“ für die Energiemonopolisten als Betreiber, die nach Abschreibung rd. 1 Mio. Euro pro Tag und pro Kraftwerk verdienen werden.

► Schwarz-Gelb gefährdet den „Gesundheitsstandort“, Schleswig-Holstein und alle gesetzlich Versicherten im

Norden. Die Privatkrankenkassen werden gestärkt, indem Junge, Gesunde und Besserverdienende noch leichter wechseln können - die gesetzlichen Krankenkassen und AOKn „bluten aus“, weil bei ihnen die vielen Geringverdienenden, die chronisch Kranken und Älteren mit höheren Gesundheitsrisiken bleiben. Um solche Strukturunterschiede zwischen den Kassen auszugleichen, gibt es den „Risikostrukturausgleich“, von dem gerade die Versicherten in „armen“ Ländern wie Schleswig-

Holstein profitieren. CDU/CSU und FDP wollen dies ab 2011 stoppen! Zeitgleich soll die „einkommensunabhängige“ Kopf-Pauschale ins Gesetz; Sekretärin wie Bankdirektor zahlen dann gleiche Beiträge. Fazit: Künftig wird die Qualität der Gesundheitsfürsorge in nie gekanntem Ausmaß von Geldbeutel, Wohnort und Kassenart abhängen. Das ist sozialer Sprengstoff nicht nur für alle gesetzlich Versicherten, sondern auch den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein mit tausenden von Beschäftigten!

► Als Haushälterin sehe ich vor allem die finanziellen Auswirkungen der schwarz-gelben Steuersenkungspläne auf die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen mit Entsetzen. Auf unverantwortliche Weise und auf Kosten der kommenden Generationen werden unser Staat und unsere Sozialen Sicherungssysteme aufs Spiel gesetzt. Einschnitte in den Bereichen Arbeit und Gesundheit werden die Folge, Normalverdiener, Familien und Rentner die Leidtragenden sein.



## Ausschuss- und Arbeitsgruppenmitgliedschaften der MdBs

	<p><b>Dr. Hans-Peter Bartels</b></p> <p>Telefon: 030/227 - 77638          Fax: 030/227 - 76052          E-Mail: hans-peter.bartels@bundestag.de</p>	<p style="text-align: right;">o. M. = ordentliches Mitglied          s. M. = stellvertretendes Mitglied</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Verteidigung (o. M.)</li> <li>2. Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (s. M.)</li> </ol>
	<p><b>Bettina Hagedorn</b></p> <p>Telefon: 030/227 - 73832          Fax: 030/227 - 76920          E-Mail: bettina.hagedorn@bundestag.de</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Haushalt (o. M.)</li> <li>2. Rechnungsprüfung (o. M.)</li> <li>3. Arbeit und Soziales (s. M.)</li> <li>4. Tourismus (s. M.)</li> <li>5. Kommunalpolitik (AG der SPD-Fraktion)</li> </ol>
	<p><b>Gabriele Hiller-Ohm</b></p> <p>Telefon: 030/227 - 73514          Fax: 030/227 - 76514          E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Arbeit und Soziales (o. M.)</li> <li>2. Tourismus (o. M.)</li> <li>3. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (s. M.)</li> <li>4. Bürgerschaftliches Engagement (Unterausschuss; s. M.)</li> </ol>
	<p><b>Sönke Rix</b></p> <p>Telefon: 030/227 - 77270          Fax: 030/ 227 - 76270          E-Mail: soenke.rix@bundestag.de</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o. M.)</li> <li>2. Innen (s. M.)</li> <li>3. Rechtsextremismus (AG der SPD-Fraktion)</li> </ol>
	<p><b>Dr. Ernst Dieter Rossmann</b></p> <p>Telefon: 030/227 - 73447          Fax: 030/227 - 76318          E-Mail: ernst-dieter.rossmann@bundestag.de</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (o. M.)</li> <li>2. Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (s. M.)</li> </ol>
	<p><b>Franz Thönnnes</b></p> <p>Telefon: 030/227 - 71128          Fax: 030/227 - 76828          E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Auswärtiges (o. M.)</li> </ol>



**Kommentar**

## Schwarz-Gelb: Klientelpolitik statt Wachstumsförderung

- Von Gabriele Hiller-Ohm -

*Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier brachte den schwachen Start der neuen Bundesregierung von CDU, CSU und FDP anlässlich der Regierungserklärung auf den Punkt: Die neue Koalition ist auf alles vorbereitet – nur nicht auf's Regieren! Das erste große Gesetzespaket von Schwarz-Gelb, das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, passt genau in dieses Bild. Klingt wie Tiger, reicht aber nur zum Bettvorleger für Besserverdienende und Unternehmer. Was wächst, ist der Schuldenberg. „Klientelbefriedigungsgesetz“ wäre der ehrlichere Name.*

Echte Wachstumsimpulse sucht man im Gesetzentwurf vergeblich. Der Kinderfreibetrag soll von 6.024 Euro auf 7.008 Euro angehoben werden. Zugleich gibt es 20 Euro mehr Kindergeld. Hier stellt die schwarzgelbe Koalition die Weichen zu Lasten sozialer Gerechtigkeit. Familien mit einem Kind, die Kindergeld erhalten, würden zwar mit jährlich 240 Euro profitieren. Allerdings profitieren von der Erhöhung des Kinderfreibetrags nur Besserverdiener, die ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von mehr als 63.400 Euro erreichen. Spitzenverdiener können durch den Freibetrag pro Kind bis zu 443 Euro für sich verbuchen – das sind über 200 Euro mehr als beim Kindergeld.

Auch der soziale Anstrich, den sich Merkel und Westerwelle bei der Neuregelung des Schonvermögens für Arbeitslosengeld-II-Bezieher geben wollten, ist ganz schnell abgeblättert. Denn die rund 1,8 Millionen Kinder von ALG-II- und Grundsicherungsempfängern gehen komplett leer aus bei den Plänen der Regierung.

Hinzu kommt: Die für Kinderfreibetrag und Kindergeld geschätzten Ausgaben

liegen bei rund 4,6 Milliarden Euro. Gleichzeitig fehlen dringend notwendige Maßnahmen für mehr Investitionen in Bildung und Betreuung unserer Kinder. Die neue Regierung täte gut daran, das Geld dort einzusetzen, wo es allen Kindern zugute kommt. Dass dies trotz der Länderzuständigkeit für Bildungspolitik möglich ist, hat die SPD in der Großen Koalition mit dem Anfang des Jahres auf den Weg gebrachten kommunalen Investitionsprogramm gezeigt. Fast neun Milliarden Euro fließen in die Sanierung von Schulen, Kitas und Turnhallen und sorgen für bessere Lernbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten.

Ein weiteres großzügiges Steuergeschenk von Schwarz-Gelb soll die Hotellerie erhalten. Auf Übernachtungen sollen statt 19 Prozent nur noch sieben Prozent fällig werden. Das klingt aus tourismuspolitischer Sicht zunächst gut. Wenn aber aktuell nur jedes fünfte Hotel plant, die Steuersenkung auch an die Kunden weiterzugeben, werden keine Anreize für mehr Reisen und Übernachtungen entstehen. Zudem würde die Gastronomie benachteiligt, die weiterhin den 19-prozentigen Mehrwertsteu-

ersatz erheben muss. Die geschätzten drei bis vier Milliarden Euro, die Bund, Länder und Kommunen die Steuersenkung kosten würde, wären auch hier verschenkt.

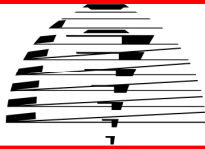
CDU, CSU und FDP wollen außerdem Firmenerben entlasten und zu diesem Zweck die Fristen zum Erhalt der Arbeitsplätze in dem vererbten Betrieb kürzen. Auch die Gewerbesteuer soll teilweise reduziert werden – damit nimmt die neue Regierung den Städten und Gemeinden in wirtschaftlich schwieriger Zeit

dringend benötigte Einnahmen weg.

Insgesamt führen die Maßnahmen zu prognostizierten Steuerausfällen in Höhe von mehr als acht Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt für wichtige Zukunftsinvestitionen. Die höhere Verschuldung wird auf künftige Generationen abgewälzt. Es zeigt sich: Mehr als Steuern auf Pump zu senken und Klientelpolitik zu betreiben kann Schwarz-Gelb nicht. Der neuen Regierung fehlen die Konzepte für verantwortungsvolle Politik für alle Menschen im Land.



Wie anno 1995 Reich-Ranicki mit dem Grass-Roman „Ein weites Feld“: Zerreißen und ab in den Müll - dort gehört das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung nach Meinung von Gabriele Hiller-Ohm hin



## Betreuungsregelung für vakante Wahlkreise

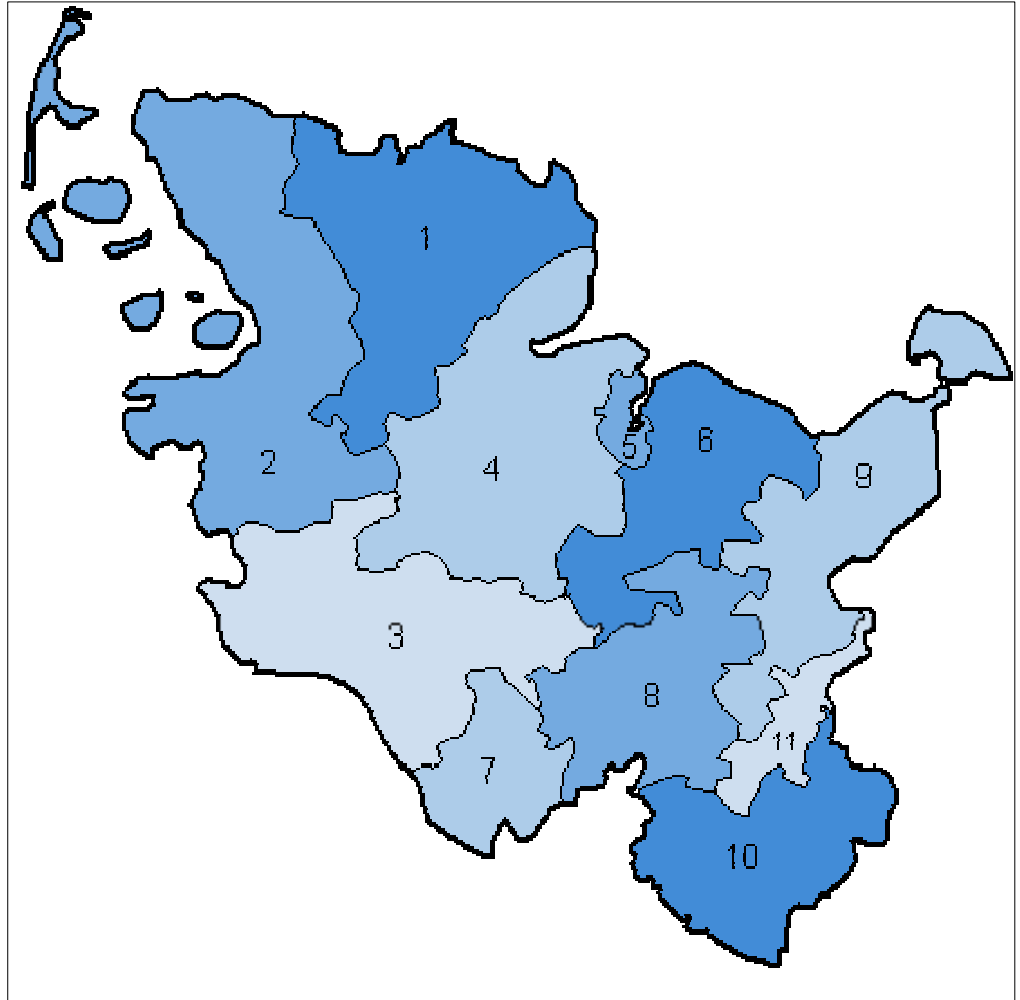
### Ansprechpartner für Ortsvereine und Kreisverbände

*Drei Abgeordnete weniger - das bedeutet auch: drei Wahlkreise mehr, die von den sechs Verbliebenen betreut werden müssen. Zusammen mit den zwei Wahlkreisen, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode über keinen SPD-MdB verfügten, sind das insgesamt fünf Wahlkreise, deren Kreisverbände und Ortsvereine jetzt ohne Anbindung zur Bundespolitik sind. U.a. große Teile der Westküste und der Norden Schleswig-Holsteins sind davon betroffen.*

„Wir stehen als Ansprechpartner für alle Fragen, Anliegen und Wünsche zur Verfügung und werden unser Bestes geben, unsere Genossinnen und Genossen in den betroffenen Kreisverbänden bei ihrer Arbeit zu unterstützen“, sagt Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann. Angesichts der zum Teil weiten Wege und der großen Aufgabengebiete werde eine vergleichbare Präsenz vor Ort wie im ‚eigenen‘ Wahlkreis aber kaum zu erreichen sein.

Die Mitglieder der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein haben sich bei der Aufteilung der Zuständigkeiten u.a. den Wahlkreis- und den Landkreisgrenzen sowie dem Zuschnitt der Landtagswahlkreise orientiert. „Wir sind an einer guten Zusammenarbeit mit den Landtagsabgeordneten interessiert. Ohne enge Kooperation ist die Situation nur schwer zu meistern“, sagt Rossmann.

Für die Bundestagswahlkreise haben die Abgeordneten folgende Betreuungs-



regelung mit den Kreisverbänden vereinbart:

#### WK 1:

**Sönke Rix**

#### WK 2:

**Sönke Rix**

(der Norden Nordfrieslands, Inseln und Halligen)

**Hans-Peter Bartels**

(der Süden Nordfrieslands)

**Bettina Hagedorn**

(Dithmarschen-Nord)

#### WK 3:

**Ernst Dieter Rossmann**

(Kreis Steinburg, Dithmar-

schen-Süd)

**Franz Thönnnes**

(die Städte und Gemeinden des Kreises Segeberg in diesem WK)

#### WK 6:

**Hans-Peter Bartels**

(Kreis Plön)

**Franz Thönnnes**

(Neumünster)

#### WK 10:

**Gabriele Hiller-Ohm**

(Kreis Herzogtum Lauenburg)

**Franz Thönnnes**

(Kreis Stormarn)

### Impressum

#### Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

#### Redaktion & Layout

Nadine Brockmann

Landesgruppenbüro:

PLH, 7.144, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75318

Fax: 030/227-76817

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

#### Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt

Büro Dr. Hans-Peter Bartels, MdB